

Antworten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf die Wahlprüfsteine des Verbandes für Wirtschaft und Umwelt (VWU)

Die Erneuerbaren Energien – Markt der Zukunft

1. **Fast jede zehnte in Deutschland verbrauchte Kilowattstunde stammt 2008 aus EE (Anteil am Endenergieverbrauch: 9,6%). Damit lag der Anteil an der gesamten deutschen Stromerzeugung bei 15,3% (2007: 14,5%), der Anteil am Wärmemarkt bei 7,3% (2007: 6,8%).**

a) Werden Sie sich für einen Umstieg auf 100 Prozent Erneuerbare Energien einsetzen?

b) Wenn ja, in welchem Zeitraum soll dieser erfolgen?

Das Ziel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist der vollständige Umstieg auf Strom aus Wind, Sonne, Wasserkraft, Biomasse und Erdwärme, möglichst bereits bis 2030. Im Wärme- und Verkehrsbereich streben wir dies bis 2040 an. Damit mindern wir die Abhängigkeit von importierten Brennstoffen, senken die CO₂-Emission drastisch - ohne Kohle und Atom - und sorgen für technische Innovationen und Investitionen in eine zukunftsfähige Energieversorgung, die Hunderttausende neuer Arbeitsplätze schafft.

Wir brauchen dazu aber eine klare Richtungsentscheidung für die deutsche Stromwirtschaft: Weg von fossilen und nuklearen Großkraftwerken und hin zu erneuerbaren Energien, Effizienz und Energieeinsparung. Im Verkehrsbereich gilt es, Effizienz, nachhaltige Bioenergien und Elektromobilität auf Basis von Ökostrom zu forcieren. Im Wärmebereich ist neben Energieverbrauchsstandards für alle Gebäude vor allem der verpflichtende Einsatz erneuerbare Wärme ein erster Schritt.

c) Falls nein, was steht aus Ihrer Sicht einer Vollversorgung im Wege?

Entfällt für uns. 100% Erneuerbare kann nur durch schlechte politische Rahmenbedingungen verhindert werden, die Laufzeitverlängerung für AKWs und Neubau von Kohlekraftwerken zulassen.

d) Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Energieeffizienz im privaten, verkehrlichen und Unternehmenssektor erhöhen?

Kernpunkte der grünen Energiespar-Offensive sind ein Energieeffizienzgesetz, die Einführung dynamischer Effizienzstandards (Top-Runner-Modell) sowie die Festlegung von Energiebedarfswerten für den Gebäudebestand. Insgesamt soll der Energieverbrauch bis 2020 um 20 % verringert werden. Flankiert werden diese Vorgaben durch eine flexible und zielgenaue Energiesparförderung, zum Beispiel durch die Einrichtung eines neuen Energiesparfonds in Höhe von 2 Mrd. Euro für die Sanierung von Wohngebäuden mit hohem Anteil einkommensschwacher Haushalte sowie die Aufstockung und Entbürokratisierung der bestehenden Förderprogramme für die energetische Sanierung von Gebäuden. Im Verkehrsbereich wollen wir den Spritverbrauch durch eine Absenkung des CO₂-Grenzwerts auf 80 Gramm/100 km bis 2020 drosseln und die Markteinführung von Elektroautos auf der Basis von Ökostrom mit jährlich 500 Mio. Euro fördern.

2. **Wollen Sie in Rheinland-Pfalz bzw. in Deutschland den Ausbau der Windenergie, der Solarenergie, der Bioenergie und der Geothermie beschleunigen?**

a) Wenn ja, mit welchen finanziellen Mitteln und aktiven Maßnahmen ihrerseits wollen Sie dies erreichen?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Erfolgsgeschichte des EEG weiter vorantreiben und verlässliche Rahmenbedingungen für Investitionen in erneuerbare Energien schaffen, damit schon 2020 über 40 Prozent der Stromerzeugung aus erneuerbaren Quellen stammen. Bei der Geothermie gilt es zusätzlich einen Vorrang gegenüber der geplanten CO₂-Einlagerung durchzusetzen und darüber hinaus die finanziellen Risiken bei der Erkundung potenzieller Erdwärmequellen durch staatliche Unterstützung abzumildern.

Darüber hinaus wollen wir Grüne im Wärmebereich die Nutzung erneuerbarer Energie auch im Gebäudebestand verpflichtend vorschreiben, um so zu eine rasche Ausbreitung von Solarwärme, Holzpellets und anderen erneuerbaren Energien zu erreichen. Die Förderung wollen wir erhöhen und entbürokratisieren, das würde die Anreize zum Umstieg auf erneuerbare Wärme erhöhen.

b) Falls nein, weshalb soll dieser Ausbau nicht beschleunigt werden?

Entfällt.

3. Die Bundesregierung hält den Bau von Solarkraftwerken in der Sahara langfristig für eine Alternative zur verstärkten Nutzung von Erdgas. Das Risiko von Lieferausfällen werde damit verringert.

a) Teilen Sie die Auffassung, dass auch bei der Nutzung erneuerbarer Energien (neue) globale Produzenten-Verbraucher-Beziehungen entstehen werden?

Erneuerbare Energien tragen heute schon weltweit zur Bereitstellung sauberer Energie zu Klimaschutz sowie zu Innovation und Entwicklung bei. Das wird sich künftig weiter verstärken. Eine vielversprechende Vision ist die Solarpartnerschaft mit anderen Ländern, z. B. in Nordafrika. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen diese Idee einer Solarpartnerschaft. Es sollte aber sichergestellt werden, dass zunächst die Menschen in den betreffenden Ländern profitieren. Darüber hinaus darf der Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland nicht gefährdet werden.

4. "Kombikraftwerk" bedeutet, die Vorteile der verschiedenen Formen der Erneuerbaren Energien optimal zu kombinieren, um eine Strom-Vollversorgung zu erreichen. Windenergieanlagen und Solarmodule leisten je nach Verfügbarkeit von Wind und Sonne ihren Beitrag zur Stromerzeugung. Ausgleichend werden Biogas und Wasserkraft eingesetzt: Je nach Bedarf werden sie in Strom umgewandelt, um kurzfristige Schwankungen auszugleichen oder vorübergehend gespeichert. Einer Vollversorgung durch Erneuerbare Energien steht technisch damit nichts im Wege.

a) Sind Sie für diese Zusammenführung und Verteilung der erneuerbaren Energien?

Ja. Kombikraftwerke sind unverzichtbar für den Umstieg auf erneuerbare Energien. Sie sollen deshalb durch einen speziellen Bonus im Rahmen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) gefördert werden. Die bisherige Bundesregierung war nicht in der Lage, dies auf den Weg zu bringen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden dieses Versäumnis schnellstmöglich beheben, um keine weitere Zeit beim Ausbau dieser innovativen Technik zu verlieren.

b) Falls nein, welches ist Ihr Alternativkonzept?

Entfällt.

5. **Die Kampagne gegen Bioenergie wurde von der Ölindustrie vorbereitet und Umweltverbände und kirchliche Hilfsorganisationen haben ihr geglaubt. Nach einer Studie des „Union of Concerned Scientist“ hat zum Beispiel Exxon Mobil zwischen 1998 und 2005 über 16 Millionen US-Dollar an 43 „klimaskeptische Organisationen“ gespendet. Fakt ist: Weltweit werden lediglich auf zwei Prozent der Ackerfläche Pflanzen zur Gewinnung von Bioenergie angebaut, dagegen liegen mehr als 30 % der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche brach.**

a) Sind Sie für eine verstärkte Nutzung von Bioenergie?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine verstärkte Nutzung von Bioenergien ein. Voraussetzung ist aber, dass dies dem Klimaschutz dient, den Naturhaushalt nicht schädigt und der lokalen Bevölkerung zusätzliche Einkommen bietet. Diese Zielsetzungen werden häufig nicht erfüllt. Vielmehr breiten sich Energiemonokulturen in Konkurrenz zur Nahrungsmittelerzeugung und zu Naturschutzflächen aus. Auch in Deutschland gibt es Fehlentwicklungen, etwa eine Zunahme des Grünlandumbruchs zugunsten des Maisanbaus.

Wir Grüne wollen diese Entwicklung stoppen und über strenge und verbindliche ökologische und soziale Kriterien (z. B. Mindestlohn, deutlich positive Klimabilanz, Schutz natürlicher Flächen, Verbot von Gentechnik) den Anbau von Energiepflanzen regeln.

6. **Bis 2020 soll Deutschland 40 Prozent weniger CO₂ produzieren als im Vergleichsjahr 1990. So lautet das erklärte Klimaschutzziel der Bundesregierung. Dass in Deutschland nach derzeitigem Stand 25 klimaschädliche Kohlekraftwerke geplant sind, widerspricht diesem Ziel. Auch in Rheinland-Pfalz (Mainz) bzw. in direkter Nachbarschaft werden die Planungen für neue Kohlekraftwerke konkret.**

a) Befürworten Sie für den Neubau von Kohlekraftwerken?

Nein. Der Bau neuer Kohlekraftwerke ist klimapolitisch nicht zu verantworten und energiepolitisch rückständig. Selbst modernste Kohlekraftwerke stoßen pro erzeugter Kilowattstunde noch 750 bis 950 Gramm CO₂ in die Atmosphäre aus und lassen über die Hälfte der eingesetzten Energie ungenutzt verpuffen. Wir wollen den Neubau dieser Kohlekolosse deshalb stoppen und stattdessen voll auf den Ausbau erneuerbarer Energien setzen.

Auch mit der vagen Aussicht auf die Technik der CO₂-Abscheidung und –Lagerung (CCS) ist es unverantwortlich, heute neue Kohlekraftwerke zu bauen. Die CCS-Technik ist ein ungedeckter Scheck. Erst nach 2020 wird sich entscheiden, ob sie einsetzbar sein wird. Für uns bleibt es deshalb dabei: Wir brauchen keine neue Kohlekraftwerke – ob mit oder ohne CCS.

b) Falls ja: an welchen Standorten? Und: Wie beurteilen Sie die Klimabeeinflussung durch Kohlekraftwerke?

Entfällt.

c) Welche Alternativen bevorzugen Sie insbesondere mit Blick auf den Klimawandel und die Klimaschutz-Ziele?

Mit grüner Energiepolitik könnte der Strom in Deutschland im Jahr 2020 zu über 40% Strom aus erneuerbaren Quellen und zu 30% aus hocheffizienter Kraft-Wärme-Kopplung stammen. Nur noch ein Rest von 30% käme aus konventionellen Kraftwerken, die dann nach und nach vom Netz gehen. Damit wird das Klimaziel, die CO₂-Freisetzung bis 2020 um 40 % zu verringern, erreicht, die Voraussetzungen für den vollständigen Umstieg auf

erneuerbare Energien wären geschaffen. Mit dem grünen Konzept lassen sich die Klimagasemissionen bis 2050, wie von Klimaforschern gefordert, um mindestens 80 % gegenüber 1990 verringern.

7. **Erstmals seit 42 Jahren wurde im Jahr 2008 weltweit kein einziges neues Atomkraftwerk (AKW) in Betrieb genommen. Im Jahr 2008 wurde sogar erstmals seit den 1960er Jahren weltweit kein einziges AKW neu mit dem Stromnetz verbunden, ein AKW (Slowakei) wurde endgültig abgeschaltet. Damit sank im abgelaufenen Jahr die Zahl der offiziell in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke auf 438. Zum Vergleich: 1999 waren weltweit 440 AKW am Netz. Der Anteil der Atomenergie an der weltweiten Energieversorgung ist damit auf unter 2,5 Prozent gesunken.**

a) Halten Sie den bundesweiten Atomausstieg für den richtigen Weg?

Ja. Der Atomausstieg ist richtig und neben dem EEG der größte Erfolg grüner Energiepolitik. Mit ihm wurden die unverantwortlichen Gefahren der Atomenergie zeitlich begrenzt und die Entstehung neuen Atommülls eingeschränkt.

Der Ausstieg hat zudem maßgeblich dazu beigetragen, die Energiewende in Richtung mehr Effizienz und erneuerbarer Energien voranzubringen und schafft enorme Potenziale für neue Arbeitsplätze im Energiebereich. Angesichts veralteter Atommeiler und wachsenden Terrorgefahren gilt es heute, den Atomausstieg zu forcieren, etwa indem besonders unsichere AKWs früher vom Netz genommen werden.

Finanzkrise - mit SRI wäre es nicht passiert

8. **An den Finanzmärkten wächst das Bewusstsein, ökologische, soziale und ethische Kriterien bei der Investitionsentscheidung stärker zu berücksichtigen. Nach derartigen Gesichtspunkten getätigte Kapitalanlagen werden als SRI („Socially Responsible Investment“) bezeichnet. Dabei handelt es sich um so genannte nachhaltige Investitionen, bei denen neben den wirtschaftlichen Aspekten wie Rendite und Sicherheit auch die Art und Weise, wie ein Gewinn erwirtschaftet wird, wichtig ist.**

a) Sollten SRI-Kriterien bei Investitionsentscheidungen eine stärkere Rolle spielen?

Ja. Nachhaltige Geldanlage bringt Geld für den Klimaschutz. Immer mehr Menschen legen ihr Geld zwar nach ökologischen, sozialen und ethischen Kriterien an – aber immer noch viel zu wenig. Grüne Finanzmarktpolitik als Teil unseres New Deals sorgt dafür, dass das anders wird. Und zwar nicht per Zwang oder mit Verboten, sondern mit Informationspflichten, mehr Mitbestimmungsrechten der AktionärInnen und der öffentlichen Hand als Vorbild. Wer eine kapitalgedeckte Lebens-, Renten-, Kranken- oder Pflegeversicherung abschließt, soll wissen, nach welchen Kriterien sein Geld angelegt wird. Staatliche Gelder in Pensionskassen, das Geld der Bundesanstalt oder jedes der Rentenkassen soll nachhaltig angelegt werden. AktionärInnen sollen aufgrund von Berichtspflichten zu Nachhaltigkeitsaspekten des Unternehmensvorstandes ihre Entscheidungen auf den Hauptversammlungen treffen können.

b) Falls nein, warum nicht?

entfällt

9. **Bundesdeutsche Privatpersonen investieren pro Jahr rund 10 Mrd. Euro in Unternehmensbeteiligungen. Aufgrund steuerlicher Bevorzugungen waren in der Branche der Geschlossenen Fonds Schiffsbeteiligungen mit 30 Prozent vertreten. Energiebeteiligungen, die in besonderem Masse für eine regionale Wert-**

schöpfung stehen, werden steuerlich nicht gefördert und sind aus diesem Grund lediglich mit 3 Prozent vertreten.

- a) **a) Halten Sie diese Ungleichbehandlung für gerechtfertigt?**
b) **b) Falls ja, was spricht gegen eine Gleichbehandlung von Energiebeteiligungen?**

Die Steuersparmöglichkeiten bei geschlossenen Fonds, nämlich die Verrechnung von Verlusten mit anderen Einkünften, wurden deutlich eingeschränkt. Dies gilt für alle geschlossenen Fonds. Dies war und ist richtig, weil der Steuervorteil nicht zielführend gewirkt und aufgrund der Steuerprogression vor allem denjenigen zugute kam, die über ein hohes Einkommen verfügten. Wir Grünen haben deshalb im Jahr 2000 einen deutlich besseren und gerechteren Förderweg für erneuerbare Energien gewählt, nämlich die direkte Vergütung über das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Davon profitieren auch die Anleger in geschlossenen Fonds, die in erneuerbare Energien investieren.

Nachhaltige Bildung – neue Erkenntnisse für lebenslanges Lernen und Arbeiten

10. **Die PISA-Ergebnisse, die Qualitätsdebatte im Bildungssystem und die veränderten Anforderungen an zukünftige Arbeitskräfte in der Berufswelt fordern eine tiefgreifende Neuorientierung u.a. im Schulsystem. Die Neubewertung von formellen (Fachwissen) und informellen Kompetenzen ist dringend notwendig, da gerade für die berufliche Zukunft der Jugendlichen die sozialen Kompetenzen wie Kooperations- und Kommunikations- und Motivationsfähigkeiten im Verhältnis zur Fachkompetenz immer wichtiger werden. Unter Einbezug der aktuellen lern- und neuropsychologischen Erkenntnisse muss das Lehr- und Lernsetting in Schulen neu bewertet und überarbeitet werden. Kleinere Klassen und eine veränderte Rolle vom Stoffvermittelnden zum/zur LernbegleiterIn könnten hier erste Schritte sein.**

Um die Lernenden optimal auf die Erfordernisse der modernen Lebens- und Arbeitswelt vorzubereiten, benötigt Schule neben einer aktuellen Ausstattung (ansprechende Lernorte, aktuelle Medienausstattung, Vernetzung, neue, kooperative Lernformen) auch eine konstruktive und offene Diskussion zur Neugestaltung von Lernen und Lehren. Weiterbildung muss qualitativ und quantitativ im Bildungssystem gestärkt werden.

- a) **Welche bildungspolitischen Leitlinien haben Sie bzw. Ihre Partei angesichts der erwarteten demographischen Veränderungen und der geänderten Anforderungen in der Berufswelt?**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen längeres gemeinsames Lernen mindestens bis zur 9. Klasse in flächendeckend angebotenen Ganztagschulen. Das oft konzeptionslos und schlecht vorbereitet eingeführte G8 wollen wir reformieren. Schulen brauchen die Freiheit, selbst zu entscheiden, wie sie die vorgegebenen Bildungsziele erreichen. Starre Lehrpläne und Schule „von oben“ müssen der Vergangenheit angehören. Wir wollen nicht nur die Haushaltsmittel, die sich aus der Alterung der Gesellschaft ergeben (die sog. „demografische Rendite“) in die Bildung umlenken. Wir brauchen auch zusätzliche öffentliche Mittel, den sog. grünen Bildungssoli. Um die zentrale politische Aufgabe zu lösen, müssen Bund, Länder und Kommunen kooperieren können – muss also das 2006 von der Großen Koalition in die Verfassung geschriebene Kooperationsverbot fallen.

- b) **Wie kann ihrer Meinung nach eine gelungene Vorbereitung auf die späteren formellen und personalen Anforderungen der Kinder und Jugendlichen aussehen?**

Allgemeinbildung ist mehr, als die Vorbereitung auf das Arbeitsleben. Kinder und Jugendliche lernen beim längeren gemeinsamen Lernen mit- und voneinander. Die gebundene Ganztagschule bietet fächerübergreifenden Unterricht an und arbeitet mit außerschulischen Partnern zusammen. Die autonome Schule gibt sich selbst eine „Verfassung“. SchülerInnen werden so an demokratische Verantwortung herangeführt.

Schon in der frühkindlichen Bildung sollen Kinder und Eltern in sogenannten Eltern-Kind-Zentren lokal und regional vernetzte Bildungsarbeit erfahren. Das soll sich in den sog. autonomen Schulen fortsetzen, wo LehrerInnen, ErzieherInnen und SozialpädagogInnen gemeinsam für die SchülerInnen zuständig sind. Außerdem soll ab sofort kein Kind mehr in Förderschulen eingeschult, sondern in die allgemeinbildenden Schulen integriert werden.

c) Wie könnten Schulen, Lehrende, Lernende und Eltern sowie externe Partner in einen konstruktiven Dialog kommen?

Autonome Schulen sollen als gebundene Ganztagschulen stark mit außerschulischen Partnern zusammen arbeiten, die kulturelle oder sportliche Zusatzangebote machen oder Freiwilligendienste organisieren. Dazu soll eine regionale Verankerung u.a. durch eine Vernetzung mit der regionalen Wirtschaft als auch mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen kommen. So können sowohl berufspraktische Erfahrungen für SchülerInnen und LehrerInnen erleichtert werden als auch Neugierde und „Forscherdrang“ gestärkt werden. Umgekehrt lernen auch diese Institutionen die Schulen in ihrer Region kennen. So können Partnerschaften entstehen, die vor allem zu einem leichteren Übergang von der Schule in die Ausbildung beitragen können.

d) Mit welchen Maßnahmen und mit welchen Akteuren wollen Sie die Weiterbildung zu einer starken vierten Säule im Bildungssystem ausbauen?

Jede und jeder einzelne muss die Weiterbildung selbstverständlicher als bisher in die Lebensplanung aufnehmen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben ein „Erwachsenen-BAFöG“ entwickelt, das keine starren Altersgrenzen und keine Trennung von beruflicher und akademischer Weiterbildung mehr kennt. Durch einen Mix von Zuschüssen und Darlehen können Berufsabschlüsse nachgeholt und Weiterbildungen finanziert werden. Das bisherige Meister-BAFöG geht in diesem umfassenden System auf.

Zusätzlich wollen wir ein individuelles Bildungssparen für Alle einführen sowie die Bildungsberatung verbessern und flächendeckend ausbauen. Beruflich Qualifizierte brauchen einen bundeseinheitlich erleichterten Hochschulzugang. Für sie sollen Hochschulen auch besondere Angebote (z.B. Brückenkurse) vorhalten.

Rheinland-Pfalz – Land der nachhaltigen Innovationen?

11. Nachhaltige Innovationen sind die Basis für Veränderungen und langfristige Existenzsicherung von Unternehmen. Trends müssen erkannt werden, Ideen entstehen, Umsetzungskonzepte und Produkte entwickelt werden. Hier zu bedarf es einer innovationsfördernden Kultur, entsprechenden Lehr- und Lernorten und einer nachhaltigkeitsorientierten Unternehmenskultur.

a) Wie definiert Ihre Partei „Nachhaltige Wirtschaft“?

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN definieren „Nachhaltige Wirtschaft“ mit unserem Green New Deal. Mit ihm wollen wir einen schrittweisen Wandel unserer Wertschöpfungsbasis hin zu einer humanen und ökologischen Wirtschaft erreichen: Bildung,

Soziales und öffentliche Güter, Gesundheit und Pflege, ökologische Dienstleistungen und Produkte, Kultur und Wissenschaft. In diesen Bereichen liegt unsere Zukunft. Der Green New Deal zielt auf den zukunftsorientierten Umbau der alten Industriegesellschaft. Er ist das wirtschafts-, industrie- und sozialpolitische Herzstück des grünen Neuen Gesellschaftsvertrages.

Mit unserem Green New Deal wollen wir investieren in Klima, Gerechtigkeit und Bildung. Damit schaffen wir eine Million Jobs. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien, neue Schienen- und Energienetze, ein besserer ÖPNV, die Steigerung der Energieeffizienz und vieles mehr.

Mehr denn je merken die Menschen, dass Ökologie und eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik ganz eng zusammengehören. Und sie ahnen: Vielleicht wäre uns eine Wirtschaftskrise in dieser Form erspart geblieben, wenn unsere Wirtschaft weniger mit den Zukunftserwartungen spekuliert und stärker auf einen vernünftigen und schonenden Umgang mit den vorhandenen Ressourcen gebaut hätte. Nichts anderes meint das grüne Prinzip der Nachhaltigkeit.

Es liegt an uns, jetzt die Grundlagen dafür zu legen, dass neue Arbeit geschaffen wird und die Wirtschaft ein Fundament bekommt, das auch in Zukunft trägt. Es liegt an uns, die Welt so einzurichten, dass wir unser Klima schützen, anstatt es zu zerstören. Es liegt an uns, dass wir unsere Gesellschaft gerechter machen und Blockaden wegräumen, die verhindern, dass jede und jeder eine echte Chance auf Teilhabe hat. Der alte Gesellschaftsvertrag war oft genug ein ungedeckter Scheck: Ein Vertrag zu Lasten Anderer, der kommenden Generationen und zu Lasten unserer Umwelt. Deshalb plädieren wir für einen neuen – den green new deal.

b) Welche nachhaltigkeits-orientierten Themen werden für Rheinland-Pfalz bzw. Deutschland in den kommenden Jahren prägend sein?

Nicht einzelne Themen, sondern das Prinzip der Nachhaltigkeit wird in den kommenden Jahren prägend sein. Die Themenfelder, die dabei eine Vorreiterrolle einnehmen können sind: Erneuerbare Energie, Klimaschutz, nachhaltiges Investment, ökologische und faire Beschaffung, Bildung, gesunde und umweltschonend produzierte Nahrungsmittel, Ressourceneffizienz, nachhaltiger Konsum. Alles Innovationsthemen in denen RLP führend werden kann.

c) Mit welchen Mitteln fördert Ihre Partei die Wahrnehmung nachhaltigkeitsorientierter Themen und Innovationsmöglichkeiten oder/und die Ansiedlung innovativer Unternehmen und Hochschulstandorte/Fachbereiche?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen in allen Politikbereichen auf das Leitprinzip der Nachhaltigkeit. Mit dem EEG haben wir zu rot-grünen Regierungszeiten gezeigt, wie nachhaltigen innovativen Produkten der Durchbruch gelingt und Arbeitsplätze und Wertschöpfung in Deutschland geschaffen werden. Dieses wollen wir auch in anderen Bereichen durchsetzen. Mit dem Green New Deal legen wir hierfür einen Fahrplan vor und schlagen umfassend die notwendigen Maßnahmen zur Entwicklung innovativer Wirtschaftsunternehmen vor. Moderne Bildungseinrichtungen sind dabei von zentraler Bedeutung.

Um die ökologischen und sozialen Auswirkungen einer Ware wie Klimaschäden deutlich erkennbar zu machen wollen wir ein Nachhaltigkeitssiegel schaffen.

Wir setzen uns für eine Verankerung von nachhaltiger Entwicklung in alle Sektoren der Politik ein. Deshalb unterstützen wir die kontinuierliche Weiterentwicklung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie und die Installierung der Nachhaltigkeitsprüfung in der Gesetzesfolgenabschätzung. Der Deutsche Bundestag muss weiterhin aktiv an der Weiterentwicklung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie beteiligt werden. Dazu müssen die unter Rot-Grün installierten und anschließend fortgeführten Institutionen wie parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung, Nachhaltigkeitsrat und Staatssekretärsausschuss (Green Cabinet), fortgeführt werden. So kann auch das Thema Nachhaltigkeit stärker in der Gesetzgebungs-Praxis verankert werden.

Mehr erwerbstätige Frauen – noch weniger Kinder - Ideen für eine neue Familipolitik?

12. Die Einführung des Elterngeldes hat gerade bei hochqualifizierten Frauen zu einer höheren Geburtenrate geführt – ein erster Erfolg der aktuellen Familienpolitik. Trotzdem ist die Rate der Mütter, die nach der Geburt des ersten bzw. zweiten Kindes nicht wieder in den Beruf einsteigen, im europäischen Vergleich extrem niedrig: Während Frauen 2005 insgesamt zu 61 % erwerbstätig waren, reduzierte sich dieser Wert auf 58 %, sobald das erste Kind da war. Frauen, die zwei Kinder haben, sind nur noch zu 51,8 % erwerbstätig. Private Unternehmen wie auch der öffentliche Sektor werden zukünftig auf gut ausgebildete Frauen nicht verzichten können. Die Vereinbarkeit von Familie und beruflichem Engagement muss für Männer wie für Frauen erleichtert werden.

a) Welche Schritte zum Ausbau der Betreuung von Kindern (auch unter einem Jahr) und welche Anreize zum beruflichen Einstieg wird Ihre Partei diesen Frauen/Männern anbieten?

Siehe Antwort c.

b) Welche anderen Formen der Kinderbetreuung oder anderer Dienstleistungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf planen Sie auszubauen – auch über die Kindergartenzeit hinaus?

Siehe Antwort c.

c) Wie kann das Land familienfreundliche Arbeitsbedingungen in Unternehmen und in den eigenen Institutionen forcieren?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen einen Rechtsanspruch auf eine qualitativ hochwertige und ganztägige frühkindliche Bildung für alle Kinder ab dem 1. Lebensjahr und ein flächendeckendes, hochwertiges Angebot an Kitas und echten Ganztagschulen. Gut qualifizierte Tagesmütter, Eltern-Kind-Zentren und familiennahe Dienstleistungen sollen Familien zusätzlich entlasten und das Leben mit Kindern erleichtern.

Wir Grüne wollen eine familienfreundlichere Gestaltung der Arbeitswelt (aber auch von Ausbildungs- und Studienbedingungen). So können z. B. Unternehmen und Behörden Vereinbarungen abschließen, die auf die individuellen Bedürfnisse der bei ihnen arbeitenden Eltern eingehen (z.B. familienfreundliche Arbeitszeitregelungen sowohl im Umfang als auch in der zeitlichen und räumlichen Ausgestaltung; Förderung von flexiblen Kinderbetreuungsangeboten).

13. 2005 lag der Anteil der landwirtschaftlichen Fläche für den Ökologischen Landbau bei 4,7 %. Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie zielt auf einen Anteil von 20 % bis zum Jahr 2010. Was bedeutet das für Rheinland-Pfalz?

a) Wollen Sie in Rheinland-Pfalz bzw. in Deutschland die Anbaufläche des ökologischen Landbaus vergrößern?

Der ökologische Landbau bietet für alle Bereiche der Nachhaltigkeit umfassende Vorteile gegenüber der konventionellen Landwirtschaft. Seine systemimmanenten Leistungen bei Umwelt-, Natur- und Tierschutz sind allgemein anerkannt. Auch beim Klimaschutz beweist er sich als die bessere Alternative.

Darüber hinaus bietet der Ökolandbau ökonomische Vorteile: Studien haben ergeben, dass in 8 von 11 untersuchten Jahren der durchschnittliche Gewinn pro Arbeitskraft auf ökologischen Betrieben deutlich höher ist als auf konventionellen Vergleichsbetrieben. Der agrarpolitische Bericht 2007 der Bundesregierung bestätigt, dass Öko-Betriebe einen

um 30 Prozent höheren Arbeitskraftbedarf haben. Damit setzt der Ökolandbau wichtige Impulse für die Entwicklung der ländlichen Regionen. Aber während der Markt für Bio-Produkte seit Jahren boomt, hinken die Umstellungszahlen aufgrund einer verfehlten Förderpolitik von CDU/CSU und SPD in Bund und Ländern hinterher. Auch in RLP. Die Bundesregierung hat im Fortschrittsbericht 2008 zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie die Zielvorgabe, bis zu der ein Anteil von 20 Prozent Ökolandbau erreicht sein soll, gestrichen. Dies ist das falsche Signal. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen den Ausbau der ökologischen Landwirtschaft konsequent vorantreiben, um den anvisierten Anteil von 20 Prozent möglichst schnell zu erreichen.

b) Welche Maßnahmen schlagen Sie vor?

Ökologische Betriebe erbringen eine Vielzahl von gesellschaftlich gewünschten Leistungen im Bereich des Klima-, Umwelt-, Natur- und Tierschutzes. Diese müssen angemessen und zuverlässig honoriert werden. Die Prämien, die die Landwirte für die ökologische Bewirtschaftung erhalten, sind aber häufig Spielball der politischen Mehrheitsverhältnisse und der Haushaltslage der Länder. Der Branche fehlt damit die Planungssicherheit. Es ist Ziel grüner Politik, die Honorierung von Bio-Betrieben auf verlässliche Füße zu stellen.

Gemessen an der gesellschaftlichen Bedeutung des ökologischen Landbaus und an seinem heutigen Anteil an der Gesamtwirtschaft ist die staatliche Forschungsförderung in diesem Bereich stiefmütterlich. Dies blockiert die weitere Entwicklung des ökologischen Landbaus. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Forschungsförderung für den Ökolandbau deutlich ausbauen.

14. 2004 lag der Stickstoff-Bilanzüberschuss der Landwirtschaft bei 103,4 kg/ha. Ziel der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie ist eine Verminderung auf 80 kg/ha bis 2010.

a) Welche Strategie der Zielerreichung verfolgt Rheinland-Pfalz bzw. Deutschland?

Das Ziel der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, die Stickstoffüberschüsse bis 2010 deutlich zu verringern, wird deutlich verfehlt. Im langjährigen Mittel ist kein eindeutiger Trend nach unten zu erkennen. Speziell in Zeiten hoher Agrarpreise wurde die Stickstoffdüngung sogar noch verstärkt. Die Stickstoffausträge aus der Landwirtschaft sind hauptverantwortlich dafür, dass Deutschland andere umweltpolitische Zielsetzungen nicht erreichen wird. So wird es zum Beispiel nicht gelingen, den Verlust der biologischen Vielfalt bis 2010 zu stoppen. Ebenso unwahrscheinlich ist es, dass bis 2015 alle Gewässer einen guten Zustand erreicht haben, wie es die Wasserrahmenrichtlinie vorsieht.

Die bisher von Bundes- und Länderregierungen verfolgte Strategie, die Stickstoffüberschüsse durch einen Mix aus ordnungspolitischen Vorgaben z.B. in der Düngeverordnung und einem Angebot aus Agrarumweltmaßnahmen zu reduzieren, ist damit gescheitert.

b) Welche konkreten Maßnahmen schlagen Sie vor?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die Einführung einer Stickstoffüberschussabgabe ein, um den Düngereinsatz zu reduzieren. Damit würde sowohl der Einsatz von Mineral- als auch von Betriebsdüngern erfasst. Aufgrund der nach Düngeverordnung bereits vorgeschriebenen Flächenbilanz kann der bürokratische Aufwand im Rahmen gehalten werden. Begleitend muss die Beratung für Landwirte deutlich ausgebaut werden, damit die Betriebe ihre Stickstoffdüngung optimieren.

Die Reduzierung von Stickstoffüberschüssen ist auch eine wichtige Stellschraube, um die Landwirtschaft klimafreundlicher zu machen. So werden z.B. die Emissionen von Lachgas, dessen Treibhauspotential gut 300-mal höher ist als von CO₂, deutlich gesenkt. Die Einnahmen aus der Stickstoffüberschussabgabe wollen wir zur Förderung von klimafreundlichen Bewirtschaftungsformen nutzen wie dem Anbau von stickstoffbindenden Leguminosen, dem Zwischenfruchtanbau oder einer klimagerechten Tierhaltung.

15. 2004 lag die die Schadstoffbelastung (SO₂, NO_x, VOC, NH₃) der Luft bei 46,2%. Die Schadstoffbelastung und damit die Verbesserung der Luftqualität soll, laut nationaler Nachhaltigkeitsstrategie, um 30% (gegenüber 1990) verringert werden.

a) Welche Maßnahmen setzt das Land zur Zielerreichung um?

Die rot-grüne Bundesregierung hat 2002 mit der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie die Nachhaltigkeit zum Leitprinzip der Politik erhoben. Zum ersten Mal ist eine derart umfangreiche Strategie vorgelegt worden, in der klare Ziele über Indikatoren definiert wurden. Leider hapert es in vielen Bereichen an der Umsetzung, insbesondere in der Verkehrspolitik von Bund und Land.

Im Bereich „Gesunde Umwelt erhalten“ wurde der Indikator „Schadstoffbelastung der Luft“ gewählt. Die Zielsetzung ist eine Reduktion der oben benannten Luftschadstoffe auf 30 % vom Ausgangsjahr 1990. Also eine Reduktion um 70 %! 2006 wurde eine Reduktion auf 44,8 % erreicht. Ohne zusätzliche Maßnahmen werden die Ziele bei Stickoxiden (NO_x) und Ammoniak (NH₃) jedoch nicht erreicht. Um die Stickoxidbelastung aus dem Straßenverkehr zu vermindern, brauchen wir eine neue Kultur der Mobilität. Grüne Verkehrspolitik setzt auf Vermeidung unnötiger Verkehrsmittel und auf konsequent umwelt- und klimaschonende Verkehrstechnik. Wir wollen Lebensqualität, die nicht nur hinter dem Lenkrad, sondern auch auf den Gehsteigen, Fahrradwegen und in öffentlichen Verkehrsmitteln zu finden ist. Wir setzen uns für eine grüne Logistik ein. Die wachsende LKW-Lawine wollen wir nach dem Vorbild der Schweiz über wirksame Lenkungsabgaben und die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene eindämmen. Bei der Bahn wollen wir zusätzliche Kapazitäten vor allem im Hafenhinterlandverkehr sowie im kombinierten Verkehr und mit mehr Gleisanschlüssen schaffen. Um den Umweltvorteil der Bahn noch auszubauen, sollen Schienenstrecken weiter elektrifiziert werden und der Bahnstrom schrittweise auf Ökostrom umgestellt werden. Es ist unser Ziel, innerhalb von zehn Jahren den Verkehrsanteil der Schiene zu verdoppeln. Für mehr und besseren Verkehr mit Bahnen und Bussen wollen wir zusätzlich zwei Milliarden Euro einsetzen. Wir werden einen Wettbewerb »100 Städte mit klimaneutralem ÖPNV« starten, mit welchem wir den Umweltvorteil des ÖPNV gegenüber dem Auto ausbauen wollen. Damit alle Menschen mobil sein können, wollen wir den öffentlichen Verkehrsraum und den ÖPNV barrierefrei machen. Den Nahverkehr mit Bussen und Bahnen wollen wir überall zu einer echten qualitätsvollen Alternative ausbauen. Auch in ländlichen Regionen – für RLP von besonderer Bedeutung - muss Bewegungsfreiheit und Teilnahme am öffentlichen Leben ohne Abhängigkeit vom eigenen Auto möglich sein. Der öffentliche Verkehr muss daher auch dort ein verlässliches Angebot bieten, kombiniert mit zusätzlichen Angeboten wie Bürger- und Rufbussen. Die kombinierte Mobilität aus Fuß- und Radverkehr, Bus und Bahn, Taxi und Car Sharing in der Stadt der kurzen Wege, die mit wenig Autoverkehr auskommt, ist unser Ziel.

Mit unserem Weg zum 100 %-Ziel für erneuerbare Energien werden auch die Emissionen aus fossilen Kraftwerken zurückgeführt. Den Neubau von Kohlekraftwerken, wie den Neubau von Müllverbrennungsanlagen lehnen wir ab.

Um die Ammoniakbelastung aus der Landwirtschaft zu reduzieren, wollen wir eine Stickstoffüberschussabgabe einführen und den Ökolandbau, der auf schnelllösliche Nitratdünger verzichtet, ausweiten. Damit würde die Hauptursache der Ammoniakfreisetzung, die zu hohe und falsche Stickstoffdüngung, besser reguliert.

16 Während 1999 der Anteil der Menschen mit Adipositas (Fettleibigkeit) bei 11,5% lag, war dieser Anteil im Jahr 2005 bereits bei 13,6%. Als übergewichtig galten 2005 49,6% der Bevölkerung. Übergewicht ist maßgeblich an der Entstehung von Zivilisationskrankheiten wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes oder Gelenkschäden beteiligt. Neben den gesundheitlichen Folgen wirkt sich Übergewicht auch in volkswirtschaftlicher und sozialer Hinsicht aus. Experten kündigen an, dass Depression die Volkskrankheit dieses Jahrhunderts werden wird. Gesundheit in der Organisation gehört zum Kern des Managementprozesses.

a) Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, damit Gesundheitsmanagement in der Arbeitswelt stärker verankert wird?

Antwort siehe b).

b) Welche weiteren, konkreten Maßnahmen schlagen Sie vor, um den Anteil der Menschen mit Adipositas deutlich zurückzuführen?

Statt einer diskriminierenden Zwei-Klassen-Medizin wollen wir Grünen die Bürgerversicherung für alle. Mit einem Präventionsgesetz, einer stärkeren Patientenorientierung sowie besseren Rahmenbedingungen für eine vernetzte Zusammenarbeit aller Gesundheitsberufe wollen wir die Gesundheitsversorgung auch in der Arbeitswelt zukunftssicher gestalten.

Wir Grünen wollen Ernährungsfakten allgemein bekannt machen. Bei Lebensmitteln soll der Gehalt an Fett, Zucker und Salz darum durch eine Ampelkennzeichnung in den Farben grün-gelb-rot eindeutig sichtbar werden. In Schulküchen, aber auch in betrieblichen Kantinen und Mensen sollen Gesundheitskost, Fairtrade- und Bioprodukte Standard werden. Gesundes Essen und knappe Budgets sind miteinander vereinbar, Qualität ist möglich, häufig sogar kostenneutral.